Meere durch Plastikflut gefährdet

Categories : Gewinnung & Nutzung

Date : 29. Dezember 2018

Mehr als 1.400 mariner Lebewesen sind durch die jährlich wachsende Menge an Plastikmüll gefährdet. Allein im Jahr 2017 wurden 335 Millionen Tonnen Kunststoffe produziert. Nur neun Prozent des bislang entstandenen Plastikmülls wurden recycelt, weitere zwölf Prozent verbrannt. Die restlichen 79 Prozent wurden auf Deponien gelagert oder landeten in der Umwelt ein Großteil davon in den Weltmeeren. Es wird erwartet, dass sich die Plastikmenge bis zum Jahr 2050 vervierfachen wird.

Doch die bisherigen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft reichen nicht aus, um die wachsende Verschmutzung der Meere durch Plastikmüll zu verhindern. Das geht aus einer aktuellen Studie von adelphi und dem Ecologic Institute hervor, die im Auftrag des WWF erstellt und Anfang Dezember 2018 in Genf präsentiert wurde. Die Studie No more Plastics in the Ocean: Gaps in Global Plastic Governance and Options for a Legally Binding Agreement to Eliminate Marine Plastic Pollution zeigt Lücken in bestehenden Regelwerken auf und entwickelt Handlungsoptionen für ein bisher fehlendes rechtsverbindliches globales Abkommen zum Schutz der Meere vor Plastik.

Folgende fünf Schlüsselelemente wurden von den politikwissenschaftlichen Autorinnen und Autoren der Studie benannt, die ein rechtsverbindliches globales Abkommen ausmachen:

- Ein klar formuliertes Ziel, jegliche zusätzliche Verschmutzung der Meere durch Kunststoffe zu stoppen
- Verbindliche nationale Ziele zur Verringerung der Kunststoffverschmutzung
- Einen Mechanismus für die technische Zusammenarbeit auf allen politischen Ebenen sowie zur Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen
- Ein Mechanismus zur Überprüfung der vereinbarten Ziele sowie ein deutlich vertiefter Austausch zwischen Wissenschaft und Politik
- Ein zentrales Forum zur Koordination und für den Aufbau von Partnerschaften zwischen Regierungen und anderen Akteuren

Nils Simon (adelphi), Hauptautor der Studie, sagt: Den bestehenden Abkommen und Regelwerken fehlen insbesondere spezifische Zielvereinbarungen und Mechanismen zur Überprüfung. Dazu kommt: Abfallentsorgung ist teuer. Das führt dazu, dass einkommensschwache Länder die notwendigen Ressourcen häufig nicht aufbringen können und auf internationale Unterstützung angewiesen sind.

Des Weiteren gibt es noch erhebliche Wissenslücken, und es mangelt an institutionalisierten Mechanismen, mit denen die Quellen und Wege der Plastikverschmutzung ermittelt und kontrolliert werden können. Die bereits existierenden Regelwerke zum Meeresschutz und zum internationalen Handel mit Sondermüll sind zudem zu fragmentiert, es mangelt an Koordination zwischen diesen bestehenden Abkommen. Eine weitere Lücke erkannten die Autorinnen und Autoren darin, dass keine effektive Überprüfung der vorhandenen Abkommen erfolgt. All diese Mängel in der bestehenden globalen Governance führen dazu, dass die internationale Gemeinschaft der Verschmutzung der Meere mit Plastik bisher nicht ausreichend begegnet, sagt Nils Simon.

adelphi empfiehlt neben den fünf Elementen für ein neues rechtsverbindliches globales Abkommen auch Änderungen an bestehenden Regelwerken und internationalen Institutionen. So muss unter anderem die Basler Konvention das Abkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung dringend um Plastikmüll als ein Abfallstrom, der durch die Konvention reguliert wird, erweitert werden.